

**Mary Fulbrook: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, aus dem Englischen von Karl Nicolai, Primus Verlag, 2008. 365 p. ISBN: 978-3-89678-643-2;<sup>1</sup> Hedwig Richter: Die DDR, Paderborn, Schöningh, 2009. 116 p. (UTB Profile). ISBN: 978-3-8252-3252-8.**

**Sonia Combe**  
*Institut des Sciences Sociales du Politique,*  
*Université de Paris Ouest, Nanterre, France<sup>2</sup>*

Über die erheblichen Größenunterschiede hinaus ist beiden Büchern gemeinsam, daß sie von der kontradiktorischen und kontrovers diskutierten Natur des ostdeutschen Staates ausgehen – eine Debatte, die die Forschung über das kommunistische Regime noch immer umtreibt. Die DDR, ein Rechtsstaat? Sicherlich nicht. Ein Staat der Rechtlosigkeit, der auf das Dritte Reich verweist? Natürlich ebensowenig. Eine Diktatur? Sicherlich. Doch: Welcher Art von Diktatur?, wie Jürgen Kocka zehn Jahre nach dem Mauerfall fragte,<sup>3</sup> während andere Historiker Definitionen von "durchherrschter Gesellschaft" (Alf Lüdtke) oder "paternalistischer Diktatur" (Konrad Jarausch) vorschlugen. Dies drängte die Geschichtsschreibung immer stärker von den Thesen der totalitären Schule weg, die die DDR als eine atomisierte Gesellschaft präsentierte, in der sich die Herrschaft der Partei so weit bis in das Privatleben hinein erstreckte, daß die ostdeutschen Bürger in keiner Weise Akteure ihrer eigenen Geschichte gewesen seien (Sigrid Meuschel). Die Vielfalt der Epitheta, die die Natur der Diktatur vermeintlich erklären sollen, zeigt bereits die Schwierigkeit der Übung an. Dabei wurde häufiger gesagt und wiederholt: die Fokussierung auf die Archive der Repression hat zu einer überwiegend polizeilichen Vision eines Staates geführt – und genau von diesem Zugang setzt sich Mary Fulbrook ab. Die DDR war nicht nur ein Polizeistaat.

Der Begriff "Diktatur" gefällt Fulbrook offensichtlich nicht. Trotzdem stellt sie ihn nicht in Frage (wer würde dies wagen?) und relativiert ihn, gleichsam um den eigentlichen Punkt herumkreisend, schließlich insoweit, als sie ihm das Qualifikativ "partizipativ" anhängt: die DDR sei eine "partizipative Diktatur" gewesen. Wie jedes Oxymoron kann ein solches Konzept tatsächlich eine gewisse heuristische Gültigkeit beinhalten. Außerordentlich gut dokumentiert ordnet sich diese Studie bewusst in den Rahmen einer durch eine intensive "DDR-Forschung" gestärkten (west)deutschen Sozialgeschichte ein, die eine erfolgreiche Öffnung der Archive ermöglichte und ein nahtloses Bild der sozialen Landschaft liefert. Allerdings gibt die mit dem Begriff der "partizipativen" Diktatur suggerierte Neuaufteilung der Machtstruktur zu unmittelbar den Weg zur bewußten Demonstration einer "Normalität" des Alltagslebens frei.

Je nach dem Standpunkt, den man einnimmt, war das Leben in der DDR „normal“. Durchaus real waren dabei die von Mary Fulbrook aufgeführten sozialen Vorteile – wie auch die Repression und die polizeiliche Überwachung sehr real waren, die gleichwohl die Mehrzahl der ostdeutschen Bürger nicht am Leben hinderten. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, daß im Laufe der Jahre die Eroberung halbfreier Räume, durch Eigen-Sinn (Thomas

---

<sup>1</sup> Originalausgabe: *The People's State. East German Society from Hitler to Honecker*, London and New Haven, Yale University Press, 2005.

<sup>2</sup> Übersetzung aus dem Französischen von Bernhard H. Bayerlein.

<sup>3</sup> Jürgen Kocka: *The GDR. A Special Kind of Dictatorship*. In: K.H. Jarausch (Hg.): *Dictatorship as an Experience. Towards a Socio-cultural History of the GDR*, New York, Berghahn Books, 1999.

Lindenberger) unterstützt, in immer stärkerem Maße eine "Ventilfunktion" erfüllte und das Leben möglich, ja in gewissem Sinne sogar komfortabel gemacht hatten. Wie lassen sich also diese beiden Vorstellungen über die DDR in Einklang bringen?

Wir erinnern uns an den berühmten Artikel des französischen Historikers Marc Ferro, "Gibt es 'zu viel Demokratie' in der UdSSR?", der unter Bezug auf Tschernenko und seine kurze Zeit an der Spitze der Sowjetunion meinte: "Wenn wir die Sowjetunion für die heutige Epoche verständlich zu machen versuchen und dabei von besonderen Beobachtungspunkten ausgehen, [...] dem Kontrollkomitee einer Fabrik, einer Gemeindeverwaltung, der Tätigkeit des Parteisekretärs einer Republik oder einer burjatischen Kolchose, sehen wir, – so Ferro weiter – dass die Grenze zwischen Führern und Angeführten nicht unbedingt das einzige Erklärungsmuster für die sowjetische Gesellschaft ist, manchmal sogar eine Täuschung."<sup>4</sup>

Ein Vorteil der Mikro-Geschichte ist es darüber hinaus, diese Grenze zu verschieben und (jeweils entsprechend der Möglichkeiten) auf jene "soziale Arrangements" zwischen Herrschenden und Beherrschten hinzubewegen.<sup>5</sup> In ihrem schmalen Überblicksband legt Hedwig Richter ebenfalls den Schwerpunkt auf dieses Arrangement mit dem Staat – und sogar auf die überraschende Akzeptierung der Mauer im Jahre 1961 –, doch hindert sie dies nicht an der wiederholten Verwendung des Begriffes "Diktatur", auch ohne ihn weiter zu hinterfragen. Die beiden Historikerinnen evozieren, jede auf ihre Art und im gegebenen Umfang, die Internalisierung gewisser, durch das Regime aufgestellter (wie wir hinzufügen, stärker verkündeter als praktizierter) Werte durch den sozialen Korpus. Sie ziehen daraus zunächst zwar unterschiedliche Schlüsse, treffen sich schließlich jedoch innerhalb einer teleologischen Vision von Geschichte wieder: Hedwig Richter, die die Einschließung der ostdeutschen Bürger als "das monströseste Verbrechen" (S. 99) des Regimes ansieht (wir würden eher von einem "fatalen Fehler" sprechen, das eigentliche Verbrechen war es, auf Flüchtlinge zu schießen) urteilt in ihrer Schlußfolgerung, daß „Die DDR (...) kein Mandat für ihre Existenz besessen“ habe (S. 100).

Was Mary Fulbrook betrifft, so postuliert sie, als ob sie um Entschuldigung dafür bitten würde, die „Normalität“ der DDR ans Tageslicht befördert zu haben, ebenfalls die Unmöglichkeit einer DDR ohne die Existenz der Mauer: einer Mauer, die von Christa Wolf genauso gewollt wurde wie von Bärbel Bohley. Vielleicht wäre dies der Punkt gewesen, an dem man hätte ansetzen müssen: Wie läßt sich dieser Konsens zwischen der Schriftstellerin, die man als „linientreue Dissidentin“ bezeichnen könnte, und der offenen Dissidentin erklären, die sich gegen alles stellen sollte? Dabei hätte sich wohl weder die eine noch die andere mit dem Bezeichnung „partizipative Diktatur“ anfreunden können, die erste schon deswegen, weil sie nie den Eindruck hatte, in einer Diktatur zu leben, während die zweite keinerlei Möglichkeit sah, mit dem SED-Staat zu verhandeln. In ihrem letzten Buch („Stadt der Engel“) erinnert Christa Wolf an ihre seinerzeitige Bindung zu diesem Staat; diese Verbindung war tatsächlich nicht von gleicher Natur wie die Bärbel Bohleys, die sich weigerte, im Westen zu bleiben, in den sie 1988 ausgewiesen wurde. Gleichwohl könnte eine Annäherung beider Perspektiven dazu beitragen, das Rätsel zu lösen, auf das die Historiker/innen bei dem Versuch stoßen, alle Aspekte dieses paradoxen Staates zu entschlüsseln.

---

<sup>4</sup> Marc Ferro: Y-a-t-il trop de démocratie en URSS ? In: *Annales* 40 (1985), 4, S. 811-827.

<sup>5</sup> Cf. Sandrine Kott: *Le communisme au quotidien. Les entreprises d'Etat dans la société est-allemande*, Paris, Belin, 2001.